

Heiner Karuscheit/Bernhard Sauer/Klaus Wernecke

# Vom »Kriegssozialismus« zur Novemberrevolution



VSA:

SPD und »Junkerstaat« | »Spartakusaufstand«  
Gewalt von oben, Gewalt von unten

Heiner Karuscheit/Bernhard Sauer/Klaus Wernecke  
Vom »Kriegssozialismus« zur Novemberrevolution

*Heiner Karuscheit* schreibt seit über 30 Jahren zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Letzte Buchveröffentlichung: Die verlorene Demokratie, Der Krieg und die Republik von Weimar, Hamburg 2017.

*Bernhard Sauer* ist promovierter Historiker, veröffentlichte u.a. zur Geschichte der deutschen Freikorps, der Frühgeschichte der NSDAP und der SA.

*Klaus Wernecke* war Professor für Sozial- und Kulturgeschichte an der Universität Lüneburg. Letzte Buchveröffentlichung: Aspekte deutscher Kontinuitäten 1865-1935. Schwerindustrie, rechte Sammlungsbewegung und Militär, in: Heiner Karuscheit/Jörn Wegner/Klaus Wernecke/Jörg Wollenberg: Macht und Krieg. Hegemoniekonstellationen und Erster Weltkrieg, Hamburg 2015.

Heiner Karuscheit/Bernhard Sauer/Klaus Wernecke

**Vom »Kriegssozialismus«  
zur Novemberrevolution**

SPD und »Junkerstaat«

»Spartakusaufstand«

Gewalt von oben, Gewalt von unten

VSA: Verlag Hamburg

**www.vsa-verlag.de**

© VSA: Verlag Hamburg 2018, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Umschlagfoto: »Beisetzung der Opfer der Revolution in Berlin 20.11.1918.  
Matrosenabordnung im Trauerzuge.« (Originaltext, Foto: dpa)  
Druck und Buchbindearbeiten: CPI Books GmbH, Leck  
ISBN 978-3-89965-887-3

# Inhalt

Heiner Karuscheit

<b>Die SPD und der »Junkerstaat«</b> .....	7
Die Politik der Sozialdemokratie in der Novemberrevolution	
Vorbemerkung: Die Reformismusfrage .....	7
1. Das Erfurter Programmvakuum .....	9
Junkerherrschaft und Republik .....	10
Eine grundlegende Wirrnis .....	11
Ohne Machtstrategie .....	12
2. Der Scheinriese Bernstein .....	13
Die Revisionismusdebatte .....	15
Die revolutionäre Linke .....	16
3. Verpreußung Deutschlands und der Arbeiterbewegung .....	17
Militarisierung der Gesellschaft .....	18
Die Arbeiterbewegung nach dem Sozialistengesetz .....	19
Vaterlandsverteidigung gegen Russland .....	20
Bebel als Vorkämpfer des Militärpatriotismus .....	21
Die Reichstagswahl 1907 .....	22
Bebel und Liebknecht .....	23
4. Übernahme statt Zerschlagung des preußischen Staats .....	25
Parteizentrum und Gewerkschaften .....	26
Bebel und das Staatskonzept der Sozialdemokratie .....	27
Drei Strömungen .....	29
5. Krieg an der Seite des Militäradels .....	30
Der »Kriegssozialismus« .....	31
Auf dem Weg zur Macht .....	32
6. Der Junkerstaat in der Hand der SPD .....	34
USPD und Spartakus/KPD .....	35
Die Konzeption der SPD-Führung .....	36
Die Rätebewegung auf verlorenem Posten .....	37
Umgang mit Armee und Verwaltung .....	39
1848 und 1918 .....	40
Schlussbemerkung zur marxistischen Geschichtsschreibung .....	42
Literatur .....	43

Klaus Wernecke	
<b>Gewalt von oben und Gewalt von unten</b> .....	47
Aspekte einer kritischen »Gewalt«-Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/19	
Vom Weltkrieg zur Novemberrevolution 1918 .....	47
»Gewalt« und Erster Weltkrieg .....	48
Politische Forderungen .....	52
Kiel .....	54
Berlin, 9. November 1918 .....	59
Das Machtkalkül der MSPD-Führung .....	61
Konterrevolution .....	64
»Blutweihnacht« .....	67
»Bolschewismus« .....	69
Die Januarkämpfe .....	72
Stimmungsmache. Zeitungen als Quelle .....	77
Bürgerkrieg .....	79
Schluss .....	87
Literatur .....	89
 Bernhard Sauer	
<b>Der »Spartakusaufstand«</b> .....	95
Legende und Wirklichkeit	
Der dramatische Verlauf des »Spartakusaufstandes« .....	98
Sonabend, 4. Januar 1919 .....	98
Sonntag, 5. Januar 1919 .....	99
Montag, 6. Januar 1919 .....	102
Dienstag, 7. Januar 1919 .....	107
Mittwoch, 8. Januar 1919 .....	110
Donnerstag, 9. Januar 1919 .....	114
Freitag, 10. Januar 1919 .....	119
Sonabend, 11. Januar 1919 .....	124
Das Ende des »Spartakusaufstandes« .....	128
Eine verpasste Chance? .....	132
Literatur .....	147

Heiner Karuscheit

## **Die SPD und der »Junkerstaat«**

Die Politik der Sozialdemokratie in der Novemberrevolution

### **Vorbemerkung: Die Reformismusfrage**

Nach dem Weltkriegsbeginn 1914 und dem russischen Revolutionsjahr 1917 markiert der hundertste Jahrestag von Novemberrevolution und Republikgründung 1918/19 erneut ein Datum, dessen Folgen bis heute spürbar sind. Es konfrontiert den Sozialismus mit einer historischen Niederlage – und mit der Frage, wieso vierzehn Jahre später eine noch schwerere Niederlage folgte.

Als beherrschende Kraft war die SPD 1918/19 sowohl für die Zerschlagung der Revolutionsbewegung als auch die ausbleibende Fundierung des Weimarer Staats verantwortlich. Wie ist es dazu gekommen? Zielsetzung dieser Beitrags ist der Nachweis, dass die sozialdemokratische Politik anders eingeordnet werden muss als bisher üblich. Weder stolperte die damalige Parteiführung unter Friedrich Ebert in eine ungewollte Verantwortung, noch folgte sie den reformistischen Vorstellungen, die sich mit dem Namen Bernstein verbinden. Vielmehr setzte sie in der Novemberrevolution eine preußisch-obrigkeitliche Staatskonzeption um, die sich in den Jahren vor dem Krieg in ihrem sogenannten Parteizentrum herausgebildet hatte.

Ausgangspunkt dieser These ist eine simple Fragestellung, die sich an die gängige Erklärung knüpft, dass eine immer mehr vom Reformismus durchdrungene Vorkriegs-SPD durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 zu einer bürgerlichen Arbeiterpartei wurde, die 1918/19 die bürgerliche Ordnung gegen den Ansturm der Revolution verteidigte. In der positiven oder negativen Bewertung dieser Entwicklung unterscheiden sich Bürgerliche und Marxisten voneinander, aber die *Verbürgerlichung* als solche gilt auf beiden Seiten als unhinterfragte historische Tatsache.

Wenn man diese Begrifflichkeit jedoch ernst nimmt, um damit die sozialdemokratische Politik zu erklären, stößt man auf einen fundamentalen Widerspruch:

- Mit dem »Ebert-Groener-Pakt« vom November 1918 sorgte die SPD-Führung dafür, dass das alte preußisch-deutsche Heer nicht durch eine republikanische Streitmacht ersetzt wurde, sondern zahlenmäßig redu-



ziert als Reichswehr unter dem Kommando des ostelbischen Militäradels in den neuen Staat übergehen konnte.

- Sie unterband alle Schritte zur Demokratisierung des Staatsapparats und setzte durch, dass dieser in seiner preußisch-obrigkeitlichen Gestalt erhalten blieb.
- Sie wehrte alle Forderungen nach einer Landreform ab und stellte unter Einsatz bewaffneter Kräfte gegen aufbegehrende Landarbeiter sicher, dass die Stellung der ostelbischen Gutsbesitzer gewahrt blieb.
- Sie hintertrieb die Sozialisierung der Schwerindustrie, sodass neben dem preußischen Gutsadel auch die Montanbourgeoisie ihre soziale Basis behalten konnte – beides die hauptsächlichen Träger der alten Ordnung.

Die so von der SPD-Führung verhinderten Maßnahmen trugen keinen spezifisch *proletarisch-sozialistischen* Charakter, sondern gehörten überwiegend seit 1848 zu den Kernforderungen einer *bürgerlichen Revolution* gegen die preußische Militärmonarchie und wurden in der Novemberrevolution 1918/19 von großen Teilen des bürgerlichen Lagers getragen, einschließlich der Aufteilung des Großgrundbesitzes und (wegen ihres Monopolcharakters) der Verstaatlichung der Schwerindustrie.<sup>1</sup>

Acht Jahre vor diesen Geschehnissen hatte der langjährige Parteivor-sitzende August Bebel auf dem Magdeburger Parteitag der SPD 1910 ausgeführt: »Es gibt keinen zweiten, dem preußischen ähnlichen Staat, aber wenn wir einmal diesen Staat in der Gewalt haben, haben wir alles. ... Im Süden versteht man nicht diesen Junkerstaat in seiner ganzen Schönheit.«<sup>2</sup> Ende 1918 fiel dieser Junkerstaat in die Gewalt der SPD, doch anstatt die grundlegenden Maßnahmen einer bürgerlichen Revolution durchzusetzen, schützte die SPD-Führung die alte Ordnung vor der Revolution. Mit welchem Recht wird ihr unter diesen Umständen ein bürgerlich-reformistischer Charakter zugeschrieben? Und welche Rolle spielten Bebels Auffassungen bei dem Vorgehen der Parteiführung 1918/19? Um darauf eine Antwort zu finden, müssen wir uns mit der Vorkriegs-SPD befassen.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Siehe das Gründungsprogramm der Deutschen Demokratischen Partei von 1919; in: 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert: [www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_de&dokument=0002\\_ddp&object=translation&st=&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0002_ddp&object=translation&st=&l=de)

<sup>2</sup> Protokoll des SPD-Parteitags 1910: 250; <http://library.fes.de/parteitage/pdf/pt-jahr/pt-1910.pdf>.

<sup>3</sup> Ohne Nachweis im Einzelnen stützen sich die hier gemachten Ausführungen auf die Veröffentlichungen des Autors »Deutschland 1914 – Vom Klassenkompromiss zum

Klaus Wernecke

## **Gewalt von oben und Gewalt von unten**

Aspekte einer kritischen »Gewalt«-Geschichte  
der deutschen Novemberrevolution 1918/19

### **Vom Weltkrieg zur Novemberrevolution 1918**

»Am Anfang war Gewalt«, so der Titel der deutschen Übersetzung der Dissertation von Mark Jones über die Rolle von Gewalt bei der Geburt der Weimarer Republik.<sup>1</sup> Methodisch verweist der Autor auf die durch Gerüchte gesteuerte »Große Angst von 1789« als eine der Ursachen für französische ländliche Unruhen im Jahre 1789. Die beschrieb der Historiker Georges Lefèbvre.<sup>2</sup> Von ihm sei das wichtige Konzept der »Kombination aus Panik und Autosuggestion« entwickelt worden. Jones will es auf die Erklärung von Gewalteskalationen in der Deutschen Novemberrevolution 1918/19 anwenden und hier vor allem auf die »unkontrollierbare Eigendynamik« von Schießereien. (Jones 2017: 69 und 100)

War aber der Sturz des Kaiserreiches Anfang November 1918 durch eine Bewegung »von unten«, die sich politisch vor allem in der Rätebewegung artikulierte, nicht mit *relativ* geringer – blutiger, körperlicher – Gewalt gegen die noch präsenten Inhaber tradierter Macht und Herrschaft verbunden? Vor allem, wenn man an die vielen tausend Menschen denkt, die von Kiel bis München gegen das alte Regime unterwegs waren, in Eisenbahnzügen und auf Straßen?

Jones selbst widerspricht im Inneren seines Buches dem deutschen Titel, wenn er schreibt, in den ersten beiden Novemberwochen hätten »die kulturellen und politischen Hemmschwellen« gegen körperliche Gewaltanwendungen gehalten, »im Gegensatz zu dem, was sich nur wenige Monate später vollzog«. Und die Anfang November doch noch sichtbar auftretende Gewalt des alten Regimes? »Die Reaktionen der Revolutionäre auf konterrevolutionäre Gewalt blieben besonnen: Sie ließen sich nicht zu gewalttätigen Aktionen gegen die Männer hinreißen, die beschuldigt wurden,

---

<sup>1</sup> Untertitel: »Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik«, Berlin 2017. Besser trifft der englische Titel den Gegenstand des Buches: *Founding Weimar. Violence and the German Revolution of 1918-19*, Cambridge UP 2017.

<sup>2</sup> Siehe z.B. Lefèbvre 1989: 106f.

revolutionäre Genossen angegriffen und schwer oder tödlich verletzt zu haben. Sie lehnten die Anwendung symbolischer oder kathartischer Gewalt zur Demonstration der neuen Machtverhältnisse ab.« Obwohl Revolutionäre wie Passanten in Kiel, Hamburg und Berlin Verwundete und Tote zu beklagen hatten: »Das Maß der von der Revolution angewandten Gewalt blieb begrenzt.« Jones weiter: Die Wurzeln der Revolution lägen in einer Bewegung, »die ihre Legitimation aus dem Versprechen schöpfte, die Gewaltorgie, die der erste Weltkrieg war, zu beenden.« (ebd.: 71f.)

### »Gewalt« und Erster Weltkrieg

Das Thema Gewalt von oben und Gewalt von unten in der Novemberrevolution kann als Mentalitätsgeschichte also nicht dargestellt werden, ohne an die Gewalterfahrungen von Soldaten *und Zivilisten* im Weltkrieg zu denken – ein Weltkrieg, herbeigeführt von einer verbrecherischen deutschen Reichsleitung. Und weitergeführt ohne Rücksicht auf Verluste bis zu seinem aussichtslosen Ende von der seit 1917 auch innenpolitisch dominierenden Obersten Heeresleitung (OHL).

Das Erlebnis von Tod und Verstümmelung im Kriege und seine möglichen psychologischen (Gewalt-)Folgen werden von Jones zwar kurz erwähnt (65f.), bleiben aber blass, marginal und werden nicht in den sozialen Kontext wachsender Anti-Kriegsstimmung vor allem in der (Industrie-)Arbeiterklasse eingebunden. Dies sei hier kurz nachgeholt.

Die »Kriegsversehrten«, Menschen mit wenig Augen, wenig Armen und wenig Beinen, waren in der deutschen Öffentlichkeit immer zahlreicher zu sehen. Und auch an der »Heimatfront« regierte im Ersten Weltkrieg eine stark von Militärs bestimmte Gewalt. Gegen diesen Krieg nach außen und nach innen wuchs allmählich eine »Front im Inneren«. Ohne sie ist die Novemberrevolution nicht zu verstehen.

Seit der Erklärung des »Kriegszustandes« am 4. August 1914 stand im ganzen Reich die vollziehende Gewalt unter dem Befehl von Militärs. Es herrschte der »Belagerungszustand« nach Artikel 111 der Preußischen Verfassung, materialisiert in einem Gesetz von 1851 (!). Die 25 »stellvertretenden Generalkommandos« und die »Festungskommandanten« (so in Kiel) waren in ihrem Territorium Haupt der Exekutive, dazu »immediat«, also theoretisch, nur dem Kaiser unterstellt und weisungsberechtigt gegenüber der gesamten Zivilverwaltung. Sie sollten das öffentliche Leben über-

wachen und zensieren, darunter die Presse, die Post und Versammlungen. Sie konnten auch die Verhaftung von politisch missliebigen, den »Burgfrieden« störenden Personen anordnen. Ihre Zensur reichte bis in den Inseratenteil der Zeitungen. Wenn auch u.a. Polizeigewalt und Zensur regional unterschiedlich scharf praktiziert wurden, die Haupttendenz ging im Verlauf der Kriegsjahre in Richtung verschärfter Repression gegenüber der politischen Opposition. Schon vor der Inthronisierung der »3. OHL« Hindenburg/Ludendorff zeigte Regieren in Deutschland die harten Züge einer Militärdiktatur.

Der »Burgfrieden« mit seiner Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstagsfraktion der SPD machten die Partei und, u.a. mit ihrem Verzicht auf Streiks, auch die Gewerkschaftsführung zu Komplizen staatlicher, auch militärischer Obrigkeit. So investierte der (Gewerkschafts-) Vorstand des *Deutschen Metallarbeiterverbandes* »bedeutende Summen aus dem Verbandsvermögen in Krieganleihen, die er wieder abstieß, als die Kritik immer lauter wurde«. (Buschak 2013: 142) Die Gewerkschaftsbürokratie wurde indirekt in Militärverwaltung und Rüstungsproduktion eingebunden. Seit 1916 waren die Generalkommandos bei der Zuweisung von Arbeitskräften aktiv. Hinzu kam die politische Unterdrückung, auch mit Hilfe der SPD- und Gewerkschafts-Spitze. »Denn statt Dissidenten die Möglichkeit zu geben, ihren abweichenden Standpunkt im Rahmen der Organisation zu vertreten, hatte sie ausschließlich auf Repression gesetzt und alle Register der Disziplinierung gezogen.« (Ullrich 2009: 21) Dazu gehörte die Denunziation von Kriegsgegnern bei der Politischen Polizei durch rechte Partei- und Gewerkschaftsführer (Ullrich 1996: 92). Die Oppositionellen wurden häufiger aus kriegswichtigen Betrieben in die Blutmaschine, also an die Front versetzt. Streikende Belegschaften, die zudem noch Antikriegs-Parolen formulierten, konnten unter Militärverwaltung gestellt werden.

Eine allmählich schärfer werdende Opposition gegen Militär, Polizei, Justiz und imperialistische Kriegsziele führte 1917 zur Gründung der USPD, bewegt auch durch den Blick auf die russische Februarrevolution.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Siehe auch Schreiner/Schmidt 1957: 263. Ein [Marine-] Oberheizer nennt in einem Brief vom 21. März 1917 die Umwälzung in Rußland »ein Schul- und Lehrbeispiel nicht nur für Sozialisten, sondern auch für jeden denkenden Arbeiter«. Und der Oberheizer Max Reichpietsch, ein Anführer der Friedensbewegung unter den Matrosen setzt als organisatorisches Ziel die »Bildung von Matrosenräten nach russischem Muster«. Er

Nur Brot und Frieden, keine weiteren politischen Ziele. Das sei die typische Haltung streikender und protestierender deutscher Arbeiter vor 1918 gewesen. Lange dominierte in der an Hochschulen und Forschungsinstitutionen etablierten Geschichtsschreibung der frühen Bundesrepublik diese Darstellung.

Noch 1988 heißt es in einer vom Deutschen Gewerkschaftsbund (!) gesponserten Quellensammlung »Revolution in Rheinland und Westfalen« zur Situation im Sommer 1916 nebulös: »Auch wenn es den militärischen Schlichtern mit dem Appell an den Patriotismus der Streikenden meist schnell gelang, ›die Arbeiter wieder willfährig zu machen‹ blieb doch eine ›gewisse Gährung‹ zurück.« (Abelshauer: XIII)

Und noch 2013 behauptete der Berliner Politologe Herfried Münkler: »Gerade der Krieg hatte die deutsche Bevölkerung zusammengeschweißt und insofern im Innern nachgeholt, was die drei Reichseinigungskriege von 1864 bis 1871 nach außen hin bewirkt hatten.« (Münkler 2013: 745) Eine Extraktion der oft mit Haft bezahlten Opposition gegen den Kurs von Reichsregierung und führenden Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaften aus der Geschichte. Geschichtsschreibung mit einer Perspektive »von unten« kommt zu anderen Ergebnissen.

Öffentliche Versammlungen, auch von Belegschaften der Industriebetriebe, mussten bei der Politischen Polizei angemeldet werden. Beamte erschienen zur Überwachung und protokollierten die Reden. Nur Beiträge zur unmittelbaren Lebenslage wie der Versorgung mit Lebensmitteln waren gestattet. Sobald politische Themen, zum Beispiel der Verzicht auf militärische Eroberungen oder Wahlrechts- und Verfassungsänderungen, angesprochen wurden, stand die anwesende Polizei auf, verwarnte den Redner und schloss die Versammlung, wenn er damit fortfuhr. Auch deshalb fanden politische Bemerkungen und Zwischenrufe keinen Niederschlag in der Presse. Erst die Auswertung der Polizeiakten brachte für die Geschichtsschreibung »von unten« einen Durchbruch. Bahnbrechend war hier 1976 die Dissertation von Volker Ullrich über die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19.

Ullrich berichtet: »Die ›Waffenschmiede des Proletariats‹, wie Bebel das Hamburger Gewerkschaftshaus bei seiner Einweihung im Jahre 1906 genannt hatte, wurde im Kriege zur Informationszentrale für Polizeibehörde

---

wurde im August 1917 als »Hauptträdelsführer« wegen »vollendeten Aufstandes« zum Tode verurteilt und am 5. September 1917 hingerichtet.

und Generalkommando.« Gab es Gerüchte über bevorstehende Streiks der Werft- und Metallarbeiter, konnten die Polizeibeamten dort »zuverlässige Auskünfte« bekommen. »Für ihre Dienste wurden die Spitzenfunktionäre von SPD und Gewerkschaften belohnt: Parteiangestellte und Gewerkschaftsbeamte konnten mit ihrer Freistellung vom Heeresdienst rechnen.« Der im Krieg entstandene »Riß in der Arbeiterschaft« wurde nach 1918 nicht wieder geschlossen. »Die erbitterte Feindschaft zwischen KPD und SPD in der Weimarer Republik hat eine ihrer Wurzeln in den deprimierenden Erfahrungen der Weltkriegszeit.« (Ullrich 1982: 107f.)

Im Mai 1917 hatte Katharina Kuhn, Oberlehrerin für Naturwissenschaften an der Hamburger Emilie-Wüstenfeld-Schule, in einer USPD-Versammlung erklärt: »Durch viele Zeitungen habe ich die Sache verfolgt, ich wußte genau, daß die Schuld am Kriege auf Seiten unserer Regierung lag.« Das sei kein Verteidigungskrieg, wie bekannte Zeitungen behaupteten. So war sie obrigkeitstragender Geschichtsschreibung weit voraus – noch vor Fritz Fischer. Sie rief die Frauen Deutschlands dazu auf »für die Freiheit des Volkes zu kämpfen.« Der stellvertretende kommandierende General von Falk ließ Katharina Kuhn verhaften. Sie sei »zu einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches« geworden. (ebd.: 109ff.) Erst der Oberreichsanwalt (!) verfügte die Einstellung des Verfahrens. Nach rund sechs Wochen »Schutzhaft« wurde sie entlassen. Der Verteidiger und selbst ein Polizeiinspektor hatten sie als harmlose idealistische Schwärmerin, »überaus nervös sowie geistig überarbeitet« hingestellt und damit politisch entkernt. Berufsverbot und das Verbot jeder politischen Tätigkeit blieben jedoch zunächst bestehen.

Für die vielen länger in Zuchthäusern und Gefängnissen darbanden politischen Gefangenen gab es noch weniger Menschlichkeit. Ein Vertreter der Hamburger Sozialistischen Jugend, nach der Vorbereitung eines Demonstrationstreiks im August 1917 festgenommen und bis Ende Oktober 1918 in Haft, berichtet über Mitgefangene und Gefängnis: »Es sind fast alles Genossen unter 20 Jahren. Einer von uns ist 16-jährig. Strenge Isolierhaft ist verhängt. Die Verständigung untereinander ist schwer. ... Meine Zelle ist mit eisernen Trallen versehen, die kein Licht, keinen Sonnenstrahl durchlassen. Es war stets dunkel in der Zelle.« (ebd.: 139)

Der wachsenden Streikbereitschaft der Industriearbeiterschaft, vor allem in Großbetrieben, begegneten die Generalkommandos mit deren »Militarisierung«, einer direkten militärischen Aufsicht. Für die proletarische Bevölkerung gab es eine weitere von oben mitorganierte oder geduldete Ge-

walt: den Hunger. Wer genügend Geld hatte, konnte sich dagegen auf dem Schwarzmarkt sattessen. Diese und noch andere erlebte Gewalt von oben hätte sich in einer blutigen Abrechnung mit den für Krieg und Kriegführung Verantwortlichen aus Regierung, Adel und Bürgertum niederschlagen können. Die Gewaltfrage stellte sich beim Sturz des Kaiserreiches so: Konnte man das herrschende Wilhelminische Gewaltregime des Klassen- und Belagerungszustandes, für einen Weltkrieg mit so vielen Millionen Toten verantwortlich, ohne Gegengewalt *nachhaltig* stürzen?

### Politische Forderungen

»Die Umwälzung vom November 1918 war nicht nur eine unmittelbare Folge der militärischen Niederlage ... vielmehr war sie seit Langem in einem Prozess kumulativer Radikalisierung im Schoße der Wilhelminischen Gesellschaft herangereift. Unter der Hülle des ›Burgfriedens‹ hatten sich seit August 1914 die gesellschaftlichen Spannungen außerordentlich verschärft.« (Ullrich 2009: 12, siehe auch Ullrich 1999: 273) Eine zeitlich *lineare* Steigerung öffentlicher Opposition gegen die Kriegführung und ihre Ziele gab es zwar nicht. Doch u.a. schon im März 1917 in Kiel, im April in Leipzig und Berlin und vor allem in den großen Streiks der Rüstungsarbeiter im Januar 1918 ging es um politische Ziele. Und die waren nicht plötzlich vom Himmel gefallen. Etwa 400.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter hatten 1918 die Arbeit niedergelegt. Die streikenden Betriebe wählten – ganz ohne »Bolschewistenfurcht« (s.u.) – nach russischem Beispiel einen »Arbeiterrat Groß-Berlin«. Er forderte am 28. Januar 1918 unter anderem: »1. Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexion«, also keinen Eroberungsfrieden wie ihn u.a. deutsche Militärs und zivile Reichsleitung weiter planten. »... 3. Ausgiebigere Nahrungsversorgung ... 4. Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben. ... 6. Alle wegen politischer Handlungen Verurteilte und Verhaftete sind sofort freizulassen. 7. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland und zwar zunächst die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen ... für den Preußischen Landtag«. (Müller 1925 I: 103 u. 204f.)<sup>4</sup> Im Laufe des späteren Jahres 1918

<sup>4</sup> Zu politischen Forderungen von Streikenden schon 1917 siehe a.a.O.: 84 und Fünfundsechzig Jahre: 189ff. Streiks, z.T. auch mit politischen Forderungen, gab es in

sank die Stimmung auch in der Armee dramatisch. Ein Unterrichtsoffizier für *Vaterländischen Unterricht* berichtet im September: »Und ganz übel wirken neuerdings wieder die reisenden Urlauber, die nach vielfachen Berichten nicht in erster Linie aus der Front, sondern aus Etappen und Heimatheer Mißstimmung im Lande verbreiten. Doch auch gerade die aus der Front kommenden Soldaten scheinen in der Heimat wie von einem unseeligen Gifthauch angesteckt ... die soldatische Haltung zu verlieren, welche sie, an die Front zurückgekehrt ... sofort wieder zu gewinnen pflegen. Doch müssen ihre eigentlich nicht ernst zu nehmenden Proletereien (... »wer mich noch einmal k. V. schreibt, dem schlage ich die Hirnschale ein!« oder: »der Krieg wird doch nur für die Reichen geführt; die Armen bleiben in der Front; alle Reichen werden herausgezogen!« usw.) auf die verängstigten Gemüter in der Heimat ... wirken. ... Wegen dieser Urlaubergeschwätze, die einem immer wieder entgegengehalten werden, ist es so schwer, die Front der Gebildeten und Führer des Volks, auf die bei der Stimmungsbildung alles ankommt und die allenthalben ins Weichen gekommen ist, zu neuer Standhaftigkeit zu bringen. ... Von besonderer Schlagart waren die systematisch durch das ganze Land gehenden und auch von Frontsoldaten zu hörenden *Geschwätze*, man habe schon im Jahre 1917 ein Friedensangebot der Feinde gehabt; dasselbe sei aber auf Hindenburgs Rat abgelehnt worden. ... Hindenburg ... Überhaupt sei dessen Ruf weit übertrieben worden. Seit er an der Spitze stehe, sei nichts Rechtes mehr los. »Wenn wir ihn einmal zu sehen kriegen, kommt er nicht ungerupft davon, der Massenmörder!« wird als Aussage von Soldaten berichtet. Ganz heillos sind endlich die *antimonarchischen* Gerede, die oft in Eisen- und Straßenbahnen usw. zu hören waren: ... »Ehe nicht der Kronenwirt (oder »sämtliche Kronenwirte«) in Blut versaufen, höre das Blutvergießen nicht auf.«<sup>5</sup>

---

Kiel, dem späteren Vorort der Revolution, im März 1917 und verstärkt im Januar 1918 (siehe Dähnhardt 1978: 41ff.). Zu den Streiks 1917/18 zusammengefasst siehe auch Luban 2013: 124ff. – »Im Mai 1917 machte die Nachricht vom erfolgreichen Streik der Leipziger Metallarbeiter ... die Runde in Deutschland.« (Buschak: 138)

<sup>5</sup> Militär u. Innenpolitik 1/II: 963f., »Auszüge aus der Aufzeichnung des Unterrichtsoffiziers des stellv. Generalkommandos des XIII. AK über die Stimmung im Lande und die eingeleiteten Maßnahmen.« 16.9.1918, Stuttgart. Verfasser ist der Hauptmann d. R. Prof. Dr. Hermelink.



Bernhard Sauer

## **Der »Spartakusaufstand«**

Legende und Wirklichkeit

Im Januar 2019 jährt sich zum hundertsten Mal der Januaraufstand in Berlin, oft auch »Spartakusaufstand« genannt. Er dauerte nur vom 4. bis zum 11. Januar 1919, war aber doch das herausragende Ereignis der Novemberrevolution, oft bezeichnet als »Marneschlacht der deutschen Revolution«. Arthur Rosenberg nannte den Januaraufstand »die entscheidende Wendung der deutschen Revolution« (Rosenberg 1970: 60). Im Januaraufstand erlitt die revolutionäre Bewegung ihre entscheidende Niederlage – so Eberhard Kolb (Kolb 1962: 148). Auch Peter Lösche sprach von dem Wendepunkt der Novemberrevolution (vgl. Lösche 1967: 170). Wie in einem Brennglas zeigte sich die gesamte Problematik der deutschen Revolution in der Januarerhebung.

Der Krieg, von der systematisch aufgebauten Propaganda der Regierung Bethmann Hollweg anfangs als Verteidigungskrieg gegen den »russischen Despotismus« dargestellt, offenbarte sich immer deutlicher als ein Krieg, der wegen der annexionistischen Kriegsziele geführt wurde. Millionen Menschen bezahlten diese Politik mit ihrem Leben, Tausende kehrten als Krüppel oder traumatisiert von den Schlachtfeldern heim. Es entwickelte sich eine breite Friedensbewegung, die forderte: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Die tragenden Schichten des Kaiserreiches, die den mörderischen Krieg unterstützt hatten, waren in der Novemberrevolution weitgehend entmachteter. Vielerorts übernahmen die Arbeiter- und Soldatenräte die Verwaltungen. Es herrschte eine demokratische Aufbaustimmung. Doch nach zweieinhalb Monaten war von der Volkserhebung nur wenig übrig geblieben. »Es ist die Frage zu stellen«, so Walter Tormin in einer grundlegenden Betrachtung, »warum trotz der zeitweilig sehr großen Macht der Räte diese Ziele nicht erreicht wurden, warum die Wirkung der Rätebewegung so gering blieb und aus der Revolution ein Staat hervorging, der wenig sozialistische Züge aufwies und dessen demokratischer Charakter so unsicher war, daß die Demokratie nach verhältnismäßig kurzer Zeit weiter vollständig beseitigt werden konnte.« (Tormin 1954: 130) Dies ist in der Tat die entscheidende Frage: Warum konnten die Ziele der deutschen Revolution nicht oder nur sehr unvollkommen verwirklicht werden, obwohl es eine breite Volksbewegung für diese Ziele gegeben hat? Wurden

die Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik bereits in ihrer Entstehungsgeschichte gelegt?

Die Demonstrationen im Januar 1919 waren die größten, die Berlin je erlebt hat. Hunderttausende beteiligten sich. In der Geschichtsschreibung wurde der Berliner Aufstand jahrzehntelang als »Spartakusaufstand« bezeichnet. Die SPD erklärte damals, dass der »Spartakusbund« hinter dem Aufstand gestanden habe. Von Seiten der Freikorps wurde die Behauptung aufgestellt, dass damals Deutschland dem Bolschewismus anheimgefallen wäre, wenn nicht die Freikorps mit ihrem Einsatz Deutschland davor bewahrt hätten. So schrieb beispielsweise Friedrich Wilhelm v. Oertzen, einer der bedeutendsten Freikorpschronisten, der selber den Januaraufstand miterlebt hat und sich später dem Nationalsozialismus anschloss: »Der Versuch der Spartakisten, eine zweite proletarische Revolution zu entfesseln, war – jedenfalls in Berlin – durch den Einsatz der Freikorps gescheitert.« (v. Oertzen 1936: 281)

Es wurde ein Szenarium entworfen, wonach in Deutschland die zweite bolschewistische Phase der Revolution unmittelbar bevorstand. »Die russische bolschewistische Regierung«, so wurde behauptet, »lasse den Rubel zu Millionen rollen, um die spartakistische Bewegung in Deutschland jetzt zum Sieg zu führen.« (Stadtler 1935: 44) Insbesondere das Erscheinen von Karl Radek wurde als Alarmzeichen gewertet.<sup>1</sup> »Radek«, so hieß es in einer dieser Darstellungen, »sei im Auto des Polizeipräsidenten langsam die Linden entlang gefahren und habe zum Volk gesprochen. Er habe die Leute auf der Straße aufgefordert, auszuharren, bis die russischen Truppen in Berlin seien.« (v. Kessel 1933: 151) Auch Gustav Noske behauptete, Berlin habe im Januar 1919 »unmittelbar vor der bolschewistisch-proletarischen Diktatur« gestanden, die nur mit den von ihm aufgestellten Truppen verhindert werden konnte (Noske 1928: 35f.).

Diese Sichtweise wurde später von weiten Teilen der Geschichtsschreibung übernommen. So schrieb beispielsweise ein Vertreter dieser Richtung: »Die SPD hatte die Krise mit Hilfe gegenrevolutionärer und antidemokratischer Kräfte, der Freikorps, gemeistert, die bald ihre Rechnung präsentieren sollten. Wie anders aber hätte die Regierung eine demokratische Republik errichten und die Einheit des Reiches bewahren können?« (Tormin

<sup>1</sup> Radek war als Abgesandter der bolschewistischen Regierung nach Deutschland gereist, um am Gründungsparteitag der KPD teilzunehmen. Dass er im Auto langsam unter den Linden entlanggefahren sei und zu den Menschen gesprochen habe, davon ist allerdings nichts bekannt.

1973: 92) Diese These galt in der deutschen Geschichtsschreibung jahrzehntelang als unumstößliches Dogma. Auch nach Karl Dietrich Erdmann stand Deutschland nach Kriegsende vor der unausweichlichen Alternative: Bolschewismus oder Bündnis der SPD mit dem alten Offizierskorps und der alten Bürokratie. Es gab nur ein Entweder-oder: »die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem des alten Offizierskorps.« (Erdmann 1955: 7)

Dieser Sichtweise hat Eberhard Kolb als einer der ersten widersprochen. In seiner umfangreichen Analyse der Arbeiterräte kommt Kolb zu dem Ergebnis, dass die SPD die Bolschewistenfurcht selbst mit erzeugte. Es sei »seit Januar eine regelrechte Psychose herangezüchtet worden« (Kolb 1962: 406). Die SPD habe sehr wohl einen breiteren Handlungsspielraum gehabt, ein einfaches Entweder-oder gab es nicht. Reinhard Rürup argumentierte in ähnlicher Weise: »Man muss vielleicht deutlich sagen, dass der Januaraufstand kein Spartakusaufstand war, weil das ein verbreitetes Missverständnis noch heute ist, die meisten Leute sprechen vom Spartakusaufstand, es war eine spontane Massenbewegung, die weitgehend führerlos war.« Er stellte fest, »die in älteren Darstellungen vorherrschende These, dass während der Revolution die größte Gefahr von links gedroht habe, hat mit jeder aus der Quelle gearbeiteten Untersuchung immer mehr an Boden verloren« (Rürup 1975: 8).

Wolfram Wette widersprach ebenfalls in seiner Biografie über Gustav Noske der bislang gängigen Geschichtsbetrachtung: Die Furcht vor einer »bolschewistischen« Machtergreifung war seiner Meinung nach unbegründet. Die »bolschewistische Gefahr« sei ein »propagandistisch erzeugter Popanz, keine Realität«. Mit dieser Propaganda sollte der Gewalteinsatz der Freikorps gerechtfertigt werden (vgl. Wette 1987: 792). Ottokar Luban analysiert in einem grundlegenden Aufsatz zu Rosa Luxemburg differenziert das Verhalten des Spartakusbundes während der Januarerhebung und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass der Spartakusbund weder Initiator noch Träger des Aufstandes war. Innerhalb der Führung des Spartakusbundes gab es unterschiedliche Meinungen und insgesamt waren die Einflussmöglichkeiten des Bundes sehr beschränkt (vgl. Luban 2001).

Die Januarerhebung als herausragendes Ereignis in der deutschen Geschichte wird auch nach 100 Jahren kontrovers interpretiert. Nach Rürup ist dies auch nicht verwunderlich, denn bei »einer Revolution, deren Frontstellungen unübersehbar mit zeitgeschichtlichen Erfahrungen und poli-

tischen Überzeugungen auch unserer Gegenwart verbunden sind«, kann von der Forschung kein einheitliches Bild der geschichtlichen Ereignisse erwartet werden. »Die Interpretation der Revolution ist in hohem Maße von den politischen Interessen und Kategorien des jeweils Urteilenden abhängig ...« (Rürup 1975: 11) Doch unabhängig von dem politischen Standpunkt des jeweiligen Betrachters ist es zunächst einmal notwendig, die historischen Fakten im Einzelnen möglichst wahrheitsgetreu darzustellen. Dies geschieht häufig nicht. Oft werden in den Darstellungen zum Januaraufstand einzelne Ereignisse herausgegriffen, zuweilen auch verzerrt oder falsch dargestellt. Der Januaraufstand war ein überaus komplexer Vorgang, die Ereignisse haben sich häufig überschlagen und in wenigen Stunden konnte eine völlig neue Situation entstehen. Um sich ein möglichst genaues Bild von den Abläufen der Januarerhebung zu machen, ist es notwendig, den Januaraufstand nach Tagen zu strukturieren und diese dann in ihrem Verlauf detailliert darzustellen, wobei neben der vorhandenen Literatur vor allem auch die damaligen Zeitungsberichte und -kommentierungen als authentische Quelle hinzugezogen werden sollen. Eine detaillierte Darstellung nach Tagen geordnet gibt es bislang noch nicht, aber nur so kann ein fundierteres Bild der damaligen Ereignisse gegeben werden. Auf dieser Grundlage ist dann auch die Beantwortung der zentralen Fragen möglich: Stand hinter der Januarerhebung der Spartakusbund? Gab es damals tatsächlich eine bolschewistische Bedrohung? War der Freikorps Einsatz unvermeidlich oder gab es Alternativen zu dem Gewalteininsatz der Freikorps?

## **Der dramatische Verlauf des »Spartakusaufstandes«**

### **Sonnabend, 4. Januar 1919**

Ausgelöst wurden die Januar-Unruhen durch die Absetzung des kommissarischen Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD). Am 4. Januar, einem Sonnabend, trafen sich daraufhin im Polizeipräsidium der Vorstand der Berliner USPD, die Revolutionären Obleute – jener Kreis linker, von den Gewerkschaften unabhängiger Vertrauensleute, die im Verlauf des Ersten Weltkrieges vor allem in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet wurden – sowie Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck als Vertreter der neu gegründeten KPD mit Eichhorn und beschlossen, für den 5. Januar zu einer Protestdemonstration gegen die Regierung Ebert-Scheidemann aufzurufen.